

Banker sollen anders essen

UBS und CS suchen neue Kantinenbetreiber – Anbieter sind nervös

ZÜRICH Credit Suisse sucht neue Kantinenbetreiber. Die Grossbank hat die Verträge für ihre 15 Personalrestaurants neu ausgeschrieben. Noch dieses Jahr soll entschieden werden, welche Caterer die Banker künftig ernähren werden, wie eine Sprecherin bestätigt. Laut Informationen von Kantinenbetreibern will die CS nur noch mit zwei Anbietern zusammenarbeiten, um Kosten zu sparen. Die Bank will das nicht kommentieren.

Auch die betroffenen Caterer – SV Group, Compass Group und der Zürcher Frauenverein (ZFV) – wollen nichts zur Ausschreibung sagen. Sie rechnen aber mit weiterem Druck.

Die UBS wird ebenfalls eine Neuausschreibung für das Führen ihrer 15 Personalrestaurants vornehmen, sagen Verantwortliche eines Caterers. Die UBS will das weder bestätigen noch dementieren. Ein Sprecher sagt: «Wir überprüfen regelmässig Verträge mit unseren Lieferanten und Geschäftspartnern, auch im Bereich Verpflegung.» Dass ein Unternehmen seine Kantinen auf einen Schlag einem einzigen Anbieter übergibt, ist keine Seltenheit. 2007 setzte Swisscom Compass als Alleinanbieter ein.

Mit den aktuellen Neuausschreibungen stehen für die Kantinenbetreiber Aufträge im zweistelligen Millionenbereich auf dem Spiel. Befürchtet wird, dass nun ein Preiskampf ausbricht. Vor allem die UBS werde nur auf den Preis achten, heisst es bei den Caterern. Dabei sind die Zeiten für die Kantinenbetreiber auch ohne Neuausschreibungen nicht einfach. Das Wachstum harzt, und die Konkurrenz wächst. Coop und Migros haben das Kantinengeschäft auch im Visier und wollen Expansionsmöglichkeiten nutzen. Migros betreibt bereits die Mensa der Uni St. Gallen, Coop jene auf dem Novartis-Campus in Basel.

BENITA VOGEL

Die Zähmung der Grossbanken

Expertengruppe: UBS und CS brauchen zwei- bis dreimal mehr Eigenmittel

VON BEAT SCHMID UND TITUS PLATTNER

BERN Die Regulierung der Grossbanken geht in die letzte Runde. Die Expertengruppe, die Lösungen für das sogenannte «Too big to fail»-Problem erarbeitet, wird ihre Vorschläge Ende August, spätestens Anfang September vorstellen.

Bereits jetzt ist klar, dass die Expertenkommission das Gröszenproblem auf drei verschiedenen Ebenen anpacken will.

► **Mehr Eigenkapital:** Die Kommission diskutiert derzeit eine massive Erhöhung der Eigenmittel, die Grossbanken ihren Geschäften unterlegen müssen. Laut einer an den Gesprächen beteiligten Person sollen UBS und Credit Suisse in Zukunft eine doppelt bis dreimal so dicke Eigenkapitaldecke aufweisen wie heute. Im ersten Quartal 2010 hatten die Banken je etwa gleich viel Eigenmittel (UBS: 33,4 Mrd. Fr.; CS: 37,5 Mrd.). Das bedeutet, dass UBS und Credit Suisse zwischen 35 und 70 Milliarden Franken aufstreben müssten. Das sind grosse Summen, die über Zurückbehaltung von Dividenden und Boni-

Euro: Banken gegen SNB

CS und UBS sollen mit Hedgefonds an den Spekulationen gegen den Euro beteiligt sein.

In Nationalbankkreisen gehen derzeit die Wogen hoch. Notenbankler regen sich über das Geschäftsgebaren der Grossbanken auf. Sie werfen ihnen vor, mit Hedgefonds im Schlepptau gegen den Euro zu spekulieren. Damit würden die Grossbanken die Bemühungen der Währungshüter untergraben, den Franken auf einem erträglichen Niveau zu halten. Die UBS will dazu keine Stellung nehmen. Ein CS-Sprecher weist den Vorwurf zurück: «Wir betreiben Kundenhandel.»



Gegner: Philipp Hildebrand, Oswald Grübel
FOTOS: DUKAS, PIXSIL

Beschränkungen erreicht werden müssen.

► **Entflechtung:** Bei der jetzigen Organisation der Grossbanken schlagen Verluste von Auslandsgesellschaften auf den Hauptsitz in der Schweiz durch. Verspekuliert ein kleines Team in New York Milliarden, müssen die Verluste in der Schweiz getragen werden. Die Expertenkommission will dies ändern, indem die Auslandsaktivitäten nicht nur juristisch, sondern auch ökonomisch eigenständig werden. Das bedeutet, sie bekommen eine eigene Bilanz, die mit entsprechenden Eigenmitteln unterlegt werden müssen. Laut UBS-Chef Oswald Grübel müssen die beiden Grossbanken etwa 100 Milliarden Franken neues Kapital beschaffen, um sich neu aufzustellen.

► **Konkursfähigkeit:** UBS und CS geniessen eine faktische Staatsgarantie, weil die Schweizer Volkswirtschaft deren Zusammenbruch nicht verkraften könnte. Die Kommission arbeitet an Lösungen, Bankenkrisen international zu regeln. Die Idee ist, mit den Regierungen der wichtigsten Finanzplätze Verträge auszuhandeln, die Teilkonkurse regeln würden. Das ist ein schwieriges Unterfangen, das die Schweiz nicht im Alleingang umsetzen kann.

Banker wie Oswald Grübel warnen bereits deutlich vor einer Überregulierung. UBS-VR-Präsident Kaspar Villiger signalisierte am Arbeitbertag Gesprächsbereitschaft: «Wir sind bereit, Kapitalgrenzen nochmals zu diskutieren.» Wenig Verständnis hat er für die «Eile» der Regulierungsvorhaben und die Eingriffe ins «Geschäftsmodell» der Banken. Der Kampf zwischen SNB-Präsident Philipp Hildebrand, der für härtere Regeln einsteht, und den Grossbankvertretern ist so richtig lanciert.

«Die Grossbanken werden mit Samthandschuhen angefasst»

Kaspar Müller, Präsident der Stiftung Ethos, fordert von Geldinstituten eine weitaus höhere Eigenkapitalquote

Letztes Jahr nahm die Gesamtvergütung der Bankenchefs laut Ethos um 73 Prozent zu – das ist nicht erstaunlich nach dem Krisenjahr 2008.

Ja, es gibt aber keinen Grund, soviel zu zahlen. Die Grossbanken sind nicht so kerngesund, wie sie von sich behaupten. Denn die hohe Kernkapitalquote, mit der sie sich brüsten, sagt wenig über ihre Solidität aus.

Sie persönlich fordern stattdessen eine Rückkehr zur guten alten Eigenkapitalquote. Absolut. Ich habe festgestellt, dass die Kernkapitalquote, also der Tier-1-Ratio, kaum verstanden wird, nicht einmal von den Banken selbst. Oder können Sie mir diese auf Anhieb erklären?
Die Kernkapitalquote ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl, die das Kapitalbedürfnis aufgrund der risikogewichteten Aktiven festlegt.

Sehen Sie, das versteht kaum jemand. Auch die meisten Banker, mit denen ich gesprochen habe,

wussten es nicht. Viele mussten zuerst Spezialisten herbeiziehen. Den Begriff Eigenkapital hingegen versteht man gut. Es ist ein Grundpfeiler unseres Aktienrechts wie Wirtschaftssystems. Wenn die CS und UBS pro 1000 Milliarden Franken bloss 30 Mrd. Eigenkapital ausweisen, dann ist das bei weitem nicht kerngesund. Drei oder vier Prozent Eigenkapitalquote ist viel zu wenig. Ich verstehe nicht, warum für Banken nicht gelten soll, was Banken von Industrieunternehmen und KMU verlangen.

Wie konnte das geschehen? Laut Obligationenrecht muss der Verwaltungsrat eingreifen, wenn die Hälfte des Aktienkapitals und der gesetzlichen Reserven nicht mehr gedeckt sind. Dies wäre bei Banken mit tiefem Eigenkapital schnell der Fall. 2003, als Kaspar Villiger Bundesrat war, schaffte das Parlament ohne kritische Fragen diesen Eigenkapitalschutz für Banken ab. Damit haben wir den wichtigsten Lawinenschutz ausser Kraft gesetzt.



Ex-Banker und Berater

Kaspar Müller, 1952, studierte Wirtschaft an der Universität Basel. Von 1980 bis 1989 arbeitete er bei der Bank Sarasin & Cie in den Bereichen Finanzanalyse, Strategieplanung und Corporate Finance. 1990 gründete er Ellipson SA, ein Beratungsunternehmen für nachhaltige Strategien. Heute ist er unabhängiger Experte.

Damals herrschte ein anderer Zeitgeist. Die Regulierung musste dem internationalen Wettbewerb angepasst werden. Richtig, aber heute sollte es die Politik besser wissen. Es ist erfreulich, dass das Thema Eigenkapital zuoberst auf der Traktandenliste der SNB steht, aber es bleibt unverständlich, warum die Bankenbranche dagegen lobbyiert, und erst noch erfolgreich. **Dabei sind nur die Grossbanken am Status quo interessiert.**

Viele unserer Banken verfügen über eine angemessene Eigenkapitalquote von fast 10 Prozent. Damit erfüllen sie ohne aufwändige Berechnungen automatisch die Kernkapitalquote von 8 Prozent. Mit der Rückkehr zur Eigenkapitalquote würden unzählige komplizierte Einzelregulierungen wegfallen, und die Regional- wie Kantonalbanken könnten sich die Ausgaben für die teuren Regulierungsaufgaben sparen. **Grübel und Co. behaupten nun, dass die Grossbanken mit einer**

strengerer Regulierung schrumpfen und damit ihre volkswirtschaftliche Bedeutung einbüßen würden.

Die Rettung der UBS hat uns Milliarden gekostet. Was nützt uns ein weiterer kurzfristiger Renditehöhenrausch, wenn wir damit die Basis schaffen, dass wir in einigen Jahren erneut gigantische Staatssubventionen zur Stabilisierung der Grossbanken einsetzen müssen. **Die politische Verarbeitung der Finanzkrise ist also nur eine Scheindebatte?**

Es war schon immer so: Unsere Grossbanken werden nur mit Samthandschuhen angefasst. **Dann wird auch bei der Diskussion um Managerlöhne und Boni bloss schattengeboxt.** Bei allen Schwierigkeiten, wir haben auch Fortschritte festgestellt. Immerhin haben dieses Jahr bei CS 34 Prozent und bei UBS 45 Prozent der Aktionäre dem Lohnsystem nicht zugestimmt. Und beim Problem der

Doppelmandate sind wir im Falle Novartis einen grossen Schritt vorwärts gekommen.

Bereits 2008 kamen Sie zum gleichen Schluss wie dieses Jahr: «Die Chefgehälter waren auch im vergangenen Jahr enorm hoch, und in vielen Fällen ist unklar weshalb.»

Einverstanden. Wir müssen die Aktionäre stärker sensibilisieren, dass sie an die Generalversammlung gehen und ihr Stimmrecht entsprechend ausüben. Wer Rechte hat, der hat auch Pflichten.

Überschätzen Sie nicht die Möglichkeiten der Aktionärsdemokratie? Schliesslich muss einfach die Rendite stimmen.

Uns geht es sehr wohl auch um die Rendite – allerdings die Rendite auf lange Frist. Dem kurzfristigen Profitwahn dagegen muss ein Riegel geschoben werden, diese Exzesse sind für uns alle bedrohlich.

MICHAEL SOUKUP UND BEAT SCHMID